

Eric W. Steinhauer

Stellungnahme anlässlich der Evaluation des
Hessischen Bibliotheksgesetzes im Rahmen
einer Regierungsanhörung (Oktober 2014)

**Universitäts-
bibliothek**



[Die nachfolgende Stellungnahme wurde im Rahmen einer Regierungsanhörung am 26. Oktober 2014 an das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst übermittelt.]

1. Vorbemerkung

Das Hessische Bibliotheksgesetz (künftig: BibG) wurde in Reaktion auf die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages als drittes Gesetz dieser Art 2010 erlassen und 2012 in einer Novelle um das Pflichtexemplarrecht ergänzt.

Bei der Beurteilung des Gesetzes möchte ich eine finanzielle, eine juristische und eine politischen Dimension unterscheiden.

2. Finanzielle Dimension

Bibliotheksgesetze sollen nach Vorstellung der Enquete-Kommission Kultur den Bestand der öffentlichen Bibliotheken sichern. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die Einführung einer kommunalen Pflichtaufgabe empfohlen. Das BibG ist dem nicht gefolgt. Zudem werden keine verbindlichen finanziellen Zusagen gemacht.

Die Einführung einer Pflichtaufgabe sehe ich, unabhängig von den finanziellen Folgen für den Landeshaushalt, skeptisch. Eine Pflichtaufgabe würde nämlich allein schon aus finanziellen Gründen auf Gemeinden mit einer bestimmten Mindesteinwohnerzahl beschränkt sein. Im Ergebnis besteht hier die Gefahr, dass kleinere Gemeinden ihre noch bestehenden Bibliotheken, die dann gewissermaßen kraft gesetzlicher Wertung als „Luxus“ anzusehen wären, in Zeiten knapper Kassen schließen werden, vielleicht sogar müssen. Das wäre kontraproduktiv mit Blick auf das gesetzliche Ziel einer ausgewogenen Versorgung mit bibliothekarischen Dienstleistungen in der Fläche, vgl. § 8 Abs. 2 S. 2 BibG.

Wünschenswert ist aber, wenn § 8 Abs. 2 S. 1 BibG etwas verbindlicher gefasst würde. So könnte es heißen: „Darüber hinaus fördert das Land nach Maßgabe des jeweiligen Landeshaushaltes die öffentlichen Bibliotheken und unterstützt etc.“ Mit dieser Formulierung wäre eine Landesförderung wenigstens im Grundsatz, wenn auch nicht in der Höhe gesetzlich abgesichert.

3. Juristische Dimension

Neben einer Verbesserung der finanziellen Situation der öffentlichen Bibliotheken hat die Enquete-Kommission in dem Erlass von Bibliotheksgesetzen auch eine rechtliche Aufwertung des Bibliothekswesens insgesamt gesehen. Hier kann das BibG in mehrfacher Hinsicht als Erfolg bezeichnet werden.

3.1 Aufwertung durch Parlamentsgesetz

Zunächst bedeutet die Regelung des Bibliothekswesens auf der Ebene eines Parlamentsgesetzes an sich schon eine Aufwertung, denn dadurch rückt dieser Bereich stärker in das politische Bewusstsein; er ist jetzt in seiner Gesamtheit erstmals auch Gegenstand umfassender politischer Steuerung und Würdigung. Ohne ein Bibliotheksgesetz wäre es beispielsweise dem Landtag nur punktuell und wenig nachhaltig möglich, sich mit Bibliotheksfragen zu fassen.

3.2 Konkrete rechtliche Regelungen

Darüber hinaus enthält das BibG auch eine ganze Reihe von unmittelbar rechtswirksamen Bestimmungen, die in der Summe eine echte Verbesserung der rechtlichen Situation des hessischen Bibliothekswesens gebracht haben. Hervorheben möchte ich folgende Punkte:

- *Zugangsanspruch für jedermann nach Maßgabe der Benutzungsregelungen* (Präambel). Damit wird garantiert, dass die öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken zusammen ein jedermann offen stehendes Informationsnetzwerk bilden.
- *Bibliotheken sind Bildungseinrichtungen* (§ 2 Abs. 2). Das hat Folgen für die Möglichkeit, Fördergelder zu beantragen. Hier muss eine Bibliothek nicht mehr im Einzelfall ihre Eigenschaft als Bildungseinrichtung nachweisen.
- *Regelung der landesbibliothekarischen Aufgaben* (§ 4). Diese Bestimmung ist notwendig, um die Hochschulen einerseits zu verpflichten, diese Aufgaben wahrzunehmen, und andererseits sicherzustellen, dass es sich um eine staatliche Aufgabe unter der Fachaufsicht des zuständigen Ministeriums handelt. Insbesondere für die Technische Universität Darmstadt sowie die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main ist eine gesetzliche Regelung der Materie wichtig, weil diese beiden Hochschulen nach § 1 Abs. 1 des Hessischen Hochschulgesetzes keine Landes-einrichtungen sind. Um die Fachaufsicht des Landes zu zweifelsfrei zu begründen, wird empfohlen, im Gesetz die Formulierung „im Auftrag und nach Weisung des Landes“ zu verwenden.
- *Regelung des Pflichtexemplarrechts* (§ 4a). Diese Materie bedarf wegen eines Eingriffs in das Grundrecht auf Eigentum zwingend einer parlamentsgesetzlichen Regelung. Die kulturpolitisch richtige Ausweitung auf Netzpublikationen hat es notwendig gemacht,

diese Materie aus dem Pressegesetz herauszulösen (vgl. auch Drs. 15/4717, S. 12). Sie im Bibliotheksgesetz anstatt in einem eigenen Pflichtexemplargesetz zu regeln, folgt dem Beispiel des Archivgesetzes, wo ebenfalls gesetzlich notwendige Bestimmungen (hier freilich aus dem Datenschutz- und dem Persönlichkeitsrecht) zusammen mit dem einschlägigen Organisationsrecht geregelt sind. Angeregt wird, nach dem Vorbild des Pflichtexemplargesetzes Nordrhein-Westfalen oder des Gesetzentwurfes für ein Landesbibliotheksgesetz Rheinland-Pfalz (Drs. RLP 16/3660) die Rechte der Bibliotheken im Umgang mit unkörperlichen Medienwerken präziser zu fassen. Das dient der Transparenz gegenüber den Ablieferungspflichtigen sowie der Rechtssicherheit für die Bibliotheken.

- Die *Hessische Fachstelle* (§ 6) wird in ihrer Existenz gesetzlich abgesichert.
- Die *Belegexemplarregelung* (§ 7 Abs. 3) ermöglicht durch ihre mit Blick auf das Eigentumsgrundrecht gebotene parlamentsgesetzliche Form den Erlass entsprechender Bestimmungen im Benutzungsrecht der einzelnen Bibliotheken. Sie hat für die Archive eine Parallele in § 12 Abs. 4 des Hessischen Archivgesetzes.
- Es darf *keine Eintrittsgelder für den Bibliotheksbesuch* geben (§ 8 Abs. 3 S. 1)

In der Summe sind etliche rechtlich wirksame und teilweise auch rechtlich notwendige Bestimmungen im BibG enthalten. Würde man das BibG außer Kraft treten lassen, so müssten das Pflichtexemplarrecht, die landesbibliothekarischen Aufgaben sowie das Belegexemplarrecht an anderer Stelle neu geregelt werden. Zudem entfielen die gesetzliche Absicherung eines zugänglichen und niederschweligen Bibliothekswesens in Hessen.

3.3 Datenschutz ergänzen

Über die schon genannten Punkte hinaus wären noch datenschutzrechtliche Bestimmungen nach dem Vorbild des Archivgesetzes für Nachlässe und andere unveröffentlichte Materialien in den Sammlungen der Bibliotheken sinnvoll. Ich verweise hier auf meine Stellungnahme in AV WKA/18/45, S. 18.

4. Politische Dimension

Durch die Beschreibung typischer Bibliotheksaufgaben unterstützt das Gesetz die Bibliotheken vor Ort bei der Argumentation gegenüber ihren Unterhaltsträgern. Die Form des Gesetzes an sich führt, wie oben schon ausgeführt, insgesamt zu einer politischen Aufwertung des Bibliothekswesens.

Über das Land Hessen hinaus hat das BibG Vorbildcharakter. Durch die Integration des Pflichtexemplarrechts hat es die bibliothekspolitische Diskussion auf eine neue Ebene gehoben. Nunmehr werden Bibliotheksgesetze nicht allein mit Blick auf die

Verankerung einer Pflichtaufgabe oder konkrete finanzielle Zusagen betrachtet, sondern zuallererst als juristische Bestimmungen ernst genommen, die das relevante und notwendige bibliotheksbezogene Landesrecht im Sinne einer transparenten und normsparenden Gesetzgebung bündeln.

Diese erstmals in Hessen in dieser Form umgesetzte Gesetzgebung hat nunmehr das Land Rheinland-Pfalz aufgenommen und berät derzeit ein nach hessischem Vorbild formuliertes Landesbibliotheksgesetz. Es ist zu erwarten, dass weitere Länder mittelfristig ebenfalls dem hessischen Modell eines Bibliotheksgesetzes folgen werden, insbesondere wenn sie ihr Pflichtexemplarrecht neu regeln.

Fazit

Das Hessische Bibliotheksgesetz hat sich bewährt. Lediglich an einigen wenigen Stellen (Nutzungsrechte bei Netzpublikationen, Datenschutz) sollte es aus rechtlichen Gründen nachgebessert werden. Wünschenswert wäre auch eine verbindlichere Regelung der Landesmittel für die Bibliotheken.

Da insbesondere das Pflichtexemplarrecht eine für die Pflege und den Aufbau des schriftlichen kulturellen Gedächtnisses in Hessen notwendige Daueraufgabe ist, sollte das Gesetz im Nachgang dieser Evaluation entfristet werden.